

Beschluss der LDK am 13. Nov. 2004 in Melle

Für eine demokratische, transparente und bürgernahe Medienpolitik

Öffentlich-rechtliches Informationszeitalter statt rein kommerzielles Medienangebot

Die Medienlandschaften verändern sich im 21. Jahrhundert mit rasender Geschwindigkeit. Neue Technologien, neue Formate und neue Übertragungswege sind Kennzeichen des postmodernen Medienzeitalters. Die Kommunikationsrevolution durch das Internet steht exemplarisch für diese Umwälzungen. Die gesellschaftspolitischen Entwicklungen der digitalen Ökonomie sind vielfach nicht absehbar. Klar ist aber, dass jeder technologische Fortschritt in seiner Wirkung ambivalent ist. Er bedeutet Innovation und Fortschritt und bringt gleichzeitig auch neue Gefahren und Missbrauchsmöglichkeiten hervor. So war die Einführung des Privatfernsehens in den 1980er Jahren nicht nur ein Segen für die Gesellschaft. Noch stellt das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit seinem Kultur- und Informationsauftrag ein Korrektiv zum rein kommerziell betriebenen Privatfernsehen dar. Bündnis90/ Die Grünen wollen, dass das auch so bleibt und erteilen allen Bestrebungen, das öffentlich-rechtliche Fernsehen weiter zu schwächen eine Absage. Die öffentlich-rechtlichen Programme sind Kulturträger und relativ werbearm. Wir treten für das gegenwärtige Mehssäulenprinzip der deutschen Fernsehlandschaft ein. Das Privatfernsehen ist aufgefordert sich an medienethische Grundsätze zu halten. Neue Formate mit ständiger Grenzüberschreitung, in denen die Würde des Menschen herabgesetzt wird, um die Quote zu steigern, lehnen wir ab.

Die vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks darf weder durch populistische Reformvorschläge noch durch marktradikale EU-Wettbewerbspolitiker aufs Spiel gesetzt werden. Ein qualitativ hochwertiges Fernsehen braucht eine sichere finanzielle Grundlage. Die von Wahltaktik und Profilierungssucht geprägten Versuche verschiedener Ministerpräsidenten, dem Öffentlich-Rechtlichen Fernsehen zugesicherte Finanzmittel zu streichen finden wir unredlich und in der Sache verfehlt. Das transparente und vor allem auch unabhängige Verfahren zur Gebührenermittlung durch die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes für den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk (KEF) wird von Bündnis90/ Die Grünen unterstützt. Zudem muss sichergestellt werden, dass der öffentlich-rechtliche Sektor auch Onlineangebote via Internet anbietet, damit es eine informationelle öffentliche Grundversorgung auch im Medium der Zukunft gibt. Das bedeutet nicht, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht auch eigene Anstrengungen und innere Reformen unternehmen muss, um Gebührenerhöhungen sozialverträglich und in der Breite akzeptabel zu gestalten. An einer zukünftigen Gebührenerhöhung müssen auch die Landesmedienanstalten partizipieren, damit diese wiederum den regionalpolitisch wichtigen und medienpädagogisch wertvollen Bürgerfunk in Niedersachsen finanziell besser ausstatten können.

Allgemeine Mediengebühr einführen

Bündnis90/ Die Grünen sprechen sich zukünftig für eine allgemeine Mediengebühr statt der bisherigen Rundfunkgebühr aus. Da schon heute Personalcomputer auch Fernsehprogramme und Radio empfangen können, ist diese Forderung konsequent. Schon bald wird man auch mit Mobilfunktelefonen und PDAs Digitalfernsehen empfangen können und zwar überall.

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sollen in Zukunft alle Programme und Multimedia-Angebote durch einen allgemeinen Medienbeitrag, der pro Haushalt bzw. pro Betrieb abgerechnet wird, gewährleisten. Der Beitrag muss unabhängig von der Bereitstellung eines Fernsehers oder Computers gezahlt werden, da ein Haushalt oder Betrieb ohne diese Technik in unserem Land so gut wie nicht mehr existiert. Zudem muss die Gewährleistung einer kulturellen und bildungspolitisch wertvollen Rundfunklandschaft solidarisch finanziert werden. Das Gebühreneinzugsverfahren durch die GEZ hat sich demgegenüber überlebt – es ist bürokratisch und betrugsanfällig. Der Ehrliche ist auch hier der Dumme. Unser Verfahren stellt Solidarität über radikale Einzelfallgerechtigkeit. Auch bei dem neuen Beitragsverfahren muss die Staatsferne gewährleistet bleiben, da der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht in die Abhängigkeit der allgemeinen Haushaltspolitik und Staatsdefizite gelangen darf. SozialhilfeempfängerInnen und ggf. weitere Bedürftige sollen auch künftig von dem Medienbeitrag befreit werden.

Diese Änderungen müssen in dem Rundfunkstaatsvertrag der Länder geregelt werden.

Auch den Bürgerfunk modernisieren

In vielen Sektoren wie z.B. im Radio- und Fernsbereich findet gegenwärtig eine Digitalisierung statt. In den nächsten Jahren wird DVB-T ein akzeptierter Standard der Radio- und Fernsehübertragung sein. Wir fordern, dass auch der niedersächsische Bürgerfunk zukünftig digital ausgestrahlt wird und nicht auf kaltem Wege durch die zu erwartende abnehmende Akzeptanz des Kabelfernsehens ins Abseits gedrängt wird. Digitales Fernsehen darf nicht nur den Premiumsendern vorbehalten sein. Der Bürgerfunk muss auch zukünftig finanziell so ausgestattet werden, dass er von technologischen Innovationen nicht ausgeschlossen wird, sondern weiter an Akzeptanz und damit auch Konsumenten gewinnt.

Medienkartelle verhindern – Medienpädagogik fördern

Mit Sorge betrachten wir die permanenten Fusionswellen auf den Medienmärkten. Bertelsmann verschmilzt mit Sony und Springer verleiht sich einen Verlag nach dem nächsten ein. Medienkartelle sind eine Gefahr für die freie unabhängige und umfängliche Meinungsbildung und somit demokratieschädlich. Strenge Pressefusionsgesetze und Kartellregelungen dürfen nicht dem Altar der ausschließlichen Profitmaximierung geopfert werden. Eine bunte Zeitungslandschaft garantiert Meinungsvielfalt. Demgegenüber verursachen regionale oder gar nationale Pressemonopole unkritische Einheitsmeinungen. Bündnis90/Die Grünen fordern ein klares politisches Engagement für den Erhalt einer vielfältigen Medienlandschaft auch in Zukunft und zwar regional, national und auch global.

Das unkontrollierbare Internet mit seinen vielfältigen Foren und Angeboten stellt nach wie vor eine wichtige Gegenmacht zu den Medienmultis dar. Bestrebungen eine wie auch immer geartete Zensur ins Internet einzuführen lehnen wir daher ab. Rassismus, Kinderpornographie und perverse Gewalt im Netz müssen mit den Mitteln des Strafrechtes geahndet werden. Die bestehenden Gesetze sind hierfür ausreichend und angemessen. Der Gesetzgeber und die Rechtsprechung müssen für die besonderen Bedingungen des internationalen Datenverbundes sensibilisiert werden.

Die ständig zunehmende Hysterie und Kurzatmigkeit mit einem immer größeren Schuss Populismus in großen Teilen der Massenmedien erfüllen uns mit Sorge. In einer immer komplexer werdenden Welt müssen Nachrichten, Informationen und politische Veränderungen möglichst sachlich, neutral und umfassend dargestellt werden. Polemische Skandalisierung und billige Stimmungsmache zugunsten der Quote oder Auflagensteigerung missbilligen wir. Vielfach steht nicht mehr die gut durchdachte und reflektierte Analyse im Vordergrund, sondern der ketzerische möglichst skandalträchtige Gedanke. Wir appellieren sowohl an die politisch Verantwortlichen als auch an die Medienschaffenden ethische Grundsätze und eine möglichst wahrhaftige Kommunikation nicht kurzsichtig über Bord zu werfen. Demokratie lebt von Vertrauen. Vertrauen kann nur entstehen, wenn man sich gegenseitig respektiert und nicht verachtet. Für Kinder und Jugendliche sind die Medienangebote unüberschaubar und auch unkontrollierbar geworden. Mittlerweile hat beinahe jedes 10jährige Kind einen eigenen Fernseher. Dazu kommen Computer und Spielkonsolen, Multimedia-Handies und Multifunktionsdigicams. Die alltägliche Bilderflut kann von Kindern kaum mehr verarbeitet werden. Lernschwierigkeiten, Übergewicht und Isolation können die Folge von unkritischem Medienkonsum sein.

Medienpädagogik muss daher in Bildungs- und Sozialisationsinstitutionen von Kindern und Jugendlichen einen breiten Raum einnehmen. In Kindergärten und Vorschulen muss der sorgsame Umgang mit Medien genauso thematisiert werden wie in der Jugendhilfe, Elternziehung und außerschulischen Bildung. Eine Internetzensur finden wir auch hier kontraproduktiv, da gerade in den Bildungseinrichtungen kritische Reflexion statt finden kann und muss. Die Ganztagschule mit einem sinnvollen pädagogischen Ganztagsangebot ist eine wichtige Antwort auf die zunehmenden Gefahren der Medienverwahrlosung bei Kindern und Jugendlichen. Wir fordern deshalb die Ausbildung und Schulung von Fachpersonal speziell für den Umgang mit dem Internet und den Medien. Auch die (Medien)-Wirtschaft muss freiwillige Selbstverpflichtungen und Selbstbeschränkungen ernster nehmen, damit die negative Utopie einer schönen neuen Welt à la Aldous Huxley nicht bittere Realität wird.